

## **812. Sitzung des Akademischen Senats am 24. Januar 2024**

### **TOP 3. Bericht des Präsidiums**

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **(1) Konflikte auf dem Campus: Antisemitismus, Demonstrationen, Hörsaalbesetzung, Polizeieinsatz, Strafmaßnahmen**

### **Ausgangspunkt**

Wir, das Präsidium der Freien Universität, haben am 5. Dezember 2023 eine Rundmail versendet, mit der wir alle Mitglieder der Freien Universität aufforderten, bei den bewährten und unerlässlichen Prinzipien einer respektvollen, dialogorientierten und verantwortungsbewussten Diskussionskultur zu bleiben. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sie, als Mitglieder des Akademischen Senats, sich diesem Aufruf in der letzten Sitzung am 6. Dezember angeschlossen haben. Diese E-Mail haben wir – auch in englischer Sprache – mit weiteren Dokumenten in der Rubrik „Die Universitätsleitung zum Nahostkonflikt“ auf der Startseite von [www.fu-berlin.de](http://www.fu-berlin.de) öffentlich zugänglich gemacht.

### **Über welche Situation reden wir auf unserem Campus?**

Medial wurde bisweilen der Anschein erweckt, dass seit Wochen Antisemiten ungehindert auf dem Campus agieren. Zuletzt in der ZDF-Sendung „frontal“ gestern Abend: „Antisemitismus an einer deutschen Uni, und das über Stunden.“

Das gibt ein falsches Bild wieder.

Dazu stelle ich zunächst fest: Ein sehr großer Teil der Universitätsangehörigen lehnt jeglichen Antisemitismus ab, ist verunsichert von den Geschehnissen auf dem Campus, möchte keinen Konflikt auf dem Campus haben und fürchtet um die Reputation der Institution, mit der sich die meisten Angehörigen sehr klar identifizieren.

Die Mehrheit derer, die Position für eine Seite beziehen, ist ebenfalls sachlich und dialogbereit. Wir haben hier viele Gespräche geführt in den vergangenen Monaten und arbeiten an der Ansprache dieser großen, gemäßigten Gruppe. Hingegen gibt es auf beiden Seiten des Konflikts eine sehr kleine Anzahl an Personen, die polarisieren und provozieren, die – das haben wir leider lernen müssen – nicht an Lösungen und Dialog interessiert sind. Hier geht es offenbar um Deutungshoheit

und Dominanz im medialen Narrativ. Das ist tragisch, weil es nicht die Situation an der Uni widerspiegelt, weil es den eigenen Gruppen gegenüber destruktiv ist und sehr berechtigte Ängste und Sorgen in den Hintergrund drängt.

### **Was heißt nun „kein Platz für Antisemitismus“ auf unserem Campus?**

Politische Demonstrationen auf dem Campus werden von der Hochschulleitung grundsätzlich nicht genehmigt, können aber in Ausnahmefällen temporär geduldet werden, sofern die in der E-Mail vom 5.12. dargelegten Kriterien nicht missachtet werden. In diese Kategorie gehören etwa Flashmobs, wie sie vor der Mensa in der Silberlaube und auf dem Platz vor der Holzlaube stattfanden und von denen wir vorab keine Kenntnis hatten und die nach kurzer Zeit auch beendet wurden, bevor wir darauf reagieren konnten. Wenn die Hochschulleitung davon Kenntnis erlangt, dass die benannten Maßgaben im Rahmen der Aktionen verletzt werden, dann werden die Demonstrationen auch polizeilich beendet und Strafanzeigen erstattet.

Politische Demonstrationen am Campus, also auf der Straße, oder aber im öffentlich zugänglichen Raum der Universität, können bei der Polizei angemeldet und genehmigt werden, ohne Zutun und Handhabe der Hochschulleitung. Solche Demonstrationen sind seit Oktober sowohl von „Students for a free Palestine“ wie auch von „Fridays for Israel“ angemeldet und durchgeführt worden. Sie werden dann von der Polizei begleitet und gesichert, notfalls auch eingeschränkt und ggf. beendet. Die Hochschulleitung kann im Rahmen solcher öffentlichen Demonstrationen nur Strafanzeige stellen für strafbare Äußerungen oder auch Gewaltanwendung, von denen sie erfährt – und sie tut das in solchen Fällen auch.

### **Die Hörsaal-Besetzung am 14. Dezember 2023**

Vorab möchte ich, wie auch in unserer Stellungnahme vom 15. Dezember, erneut festhalten: Wir befürworten es, wenn sich Studierende wie auch andere Mitglieder der Hochschule für gesellschaftlich relevante Themen engagieren und den kritischen Dialog dazu führen, solange sich dieses Engagement im Rahmen von Recht und Gesetz bewegt. Wir bieten hierfür an der Freien Universität Ansprechpersonen, Diskussionsforen und Gremien. Besetzungen sehen wir aber grundsätzlich nicht als ein geeignetes Mittel der Kommunikation oder des Protests. Universitäre Räumlichkeiten sollen für die zugeschriebenen regulären Aufgaben in Lehre und Forschung genutzt werden und diese nicht verhindern.

Zur Einordnung der Hörsaal-Besetzung am 14. Dezember möchte ich aufgrund der verschiedenen medialen Darstellungen die Geschehnisse aus Sicht der Universitätsleitung schildern:

- Die Hörsaalbesetzung war eine Aktion einer Gruppe namens „Students for free Palestine“. Diese Aktion war nicht genehmigt, eine Ankündigung war offenbar kurzfristig über Instagram erfolgt. Das Präsidium war darüber vorab nicht informiert worden. Die Aktion begann am späten Vormittag mit Plakaten und Wandzeitungen vor dem Hörsaal 1a in der Silberlaube.
- Es gab frühzeitig vor Ort die Anwesenheit von Gegendemonstrierenden von der jüdisch-pro-israelischen Seite. Da es zunächst vor dem Hörsaal zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen kam, wurde die Polizei gerufen, die Beamtinnen und Beamten nahmen Strafanzeigen wegen Beleidigung und Körperverletzung auf.
- In der Folge haben Personen aus der Gruppe „Students for free Palestine“ den Hörsaal „besetzt“.
- In der Zwischenzeit hatten auch Mitarbeitende des Präsidiums den Hörsaalbereich erreicht, um ein Lagebild zu erhalten und um einzuschätzen, ob ein friedlicher Abbruch der Aktion möglich sei und um bei Bedarf auch die Polizei zu rufen.

Personen aus der Gruppe „Students for free Palestine“ verwehrten in der Anfangszeit der „Besetzung“ Gegendemonstrierenden den Zutritt zum Hörsaal. Die anwesenden Kolleg\*innen aus dem Präsidium haben in diesem Moment umgehend deeskalierend eingewirkt und klargestellt, dass unsere Ansprüche an Diskussionskultur (siehe E-Mail vom 5.12.) es erfordern, dass für eine Hörsaal-Veranstaltung auch die „Gegenseite“ präsent sein kann. In der Folge wurden auch Gegendemonstranten in den Hörsaal gelassen und waren dort präsent.

Im Laufe der Besetzung waren auch Vertreter\*innen verschiedener externer Gruppen („Young Struggle“ und „ZORA“) im Saal anwesend. Die Stimmung war aufgeheizt und es kam zwischen den verschiedenen Gruppen von „Besetzer\*innen“ und den Gegendemonstrierenden zu verbalen Auseinandersetzungen.

Da es auch nach Bemühungen der Kolleg\*innen des Präsidiums, denen ich an dieser Stelle ausdrücklich erneut für ihren herausfordernden Einsatz danke, zu keinem geordneten Austausch kam, habe ich gegen 15 Uhr die Räumung des Hörsaals veranlasst. (In „Frontal“ hieß es gestern Abend: „Erst am Abend lässt der Unipräsident den Hörsaal von der Polizei räumen.“)

Es wurde im Saal auf Deutsch und auf Englisch angesagt, dass der Saal zu 16 Uhr polizeilich geräumt wird, und dass alle, die dann noch da sind, polizeilich erfasst werden und sich wegen Hausfriedensbruchs strafbar machen. Ein Mitarbeiter, der später nochmals in Absprache mit der Polizei sich mit Mikro an die Anwesenden im Saal wandte, ist mit einer solchen Ansage aber nicht durchgedrungen, und es wurde von den Besetzer\*innen auch gegenargumentiert und aufgefordert, im Raum zu bleiben.

Ich stelle dies auch so im Detail dar, weil sich in Social Media-Stellungnahmen später findet: „*In a complete violation of its most basic duty of care, the University threw its students to the wolves.*“

Für die Räumung ist eine größere Polizeieinheit angefordert worden. Diese hat schließlich die Räumung durchgeführt (nach allem, was ich weiß, sehr umsichtig und maßvoll). Die Räumung war kurz nach 18 Uhr abgeschlossen. Es wurden die Personalien von 20 Personen aufgenommen, sowohl von der Freien Universität als auch von außerhalb. Gegen diese wurde Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt. Die Verfahren dazu laufen weiter.

Ich stelle selbstkritisch fest: Wir haben für manche Einordnung vor Ort Zeit gebraucht, auch manches Wissen zur Einordnung fehlte, wir haben aber aus den Geschehnissen gelernt – und auch wenn alles nach unseren Prinzipien (u.a. nach den Prinzipien und roten Linien der E-Mail vom 5.12.) entschieden wurde, könnten und würden wir mit den Erfahrungen vom 14. Dezember bei einer Wiederholung schneller und konsequenter handeln.

### **Die Forderung nach Strafmaßnahmen**

Wir nehmen die Sorgen der jüdischen Studierenden ernst und ergreifen immer dann Maßnahmen, wenn wir sie für nötig und angebracht halten. Zu den Forderungen nach Exmatrikulationen, prominent auch von Bundesministerin Stark-Watzinger auf X (ehem. Twitter), sei gesagt: Exmatrikulationen sind nach dem geltenden Berliner Hochschulgesetz nicht möglich. Viele der im Rahmen der Besetzung getätigten Aussagen sind strafrechtlich nicht relevant. Wo es sich um Straftaten handelt, geht die Freie Universität auch strafrechtlich dagegen vor. Dies wirkt sicherlich abschreckend, es löst aber nicht das gesamtgesellschaftliche Problem des Antisemitismus und Rassismus.

Wir hören Aussagen von jüdischen Studierenden, dass sie sich auf dem Campus nicht mehr sicher fühlen. Von palästinensischen Studierenden hören wir, sie würden angefeindet. Als Präsidium

halten wir hierzu fest: Das besorgt und bedrückt uns in höchstem Maße. Wir sind mit aller Kraft bestrebt, für alle Studierenden ein sicheres Umfeld zu schaffen. Aber wir können (und wollen) nicht alles kontrollieren, was auf dem Campus passiert. Und schon gar nicht können wir kontrollieren, was in privaten WhatsApp-Gruppen etc. passiert. Sicherheit ist eine gesamtuniversitäre, letztlich gesamtgesellschaftliche Aufgabe – zu der wir alle auf bestmögliche Weise beitragen müssen.

In diesem Sinne halten wir als Präsidium fest: Die Freie Universität ist eine offene Universität, Gemeinschaft ist uns wichtig. Die Verantwortung der Gestaltung und der Sicherung der Freien Universität als Gemeinschaft, als Raum für eine „respektvolle, dialogorientierte und verantwortungsbewusste Diskussionskultur“, das ist unsere Gemeinschaftsaufgabe. Die Forderung eines respektvollen, fairen, wertschätzenden, macht- und differenzsensiblen Umgangs miteinander ist Selbstverständnis und Verpflichtung der Universität wie auch aller ihrer Mitglieder. Nur so können wir eine vertrauensvolle Lehr-, Lern- und Arbeitsumgebung gewährleisten, in der alle in ihrer Persönlichkeit, Würde und Lebensrealität anerkannt werden – und damit einen sicheren und angstfreien Campus für alle.

Eine vertrauensvolle Lehr-, Lern- und Arbeitsumgebung: dazu gehört natürlich, und immer, und durch die deutsche Geschichte und durch die Geschichte der Freien Universität seit 1957, als der erste Kontakt zu einer israelischen Hochschule entstand, unserer heutigen Kooperationspartnerin, der Hebrew University, bis heute ganz besonders, dass jüdische und israelische Angehörige dieser Universität hier willkommen sind, sie gesehen, gestärkt und geschätzt werden. Dies ist eine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich ist auch: Das Verständnis und Mitgefühl dafür, wenn Universitätsmitglieder mit palästinensischem Hintergrund das Bedürfnis haben, auf das Leid in der Zivilgesellschaft in Gaza hinzuweisen. Alle Mitglieder unserer Universitätsgemeinschaft haben das Recht, ihre Gedanken und Meinungen zu formulieren und sich im offenen Diskurs auszutauschen, solange dies verantwortungsvoll und nicht diskriminierend und rassistisch gegenüber anderen Mitgliedern unserer Universitätsgemeinschaft geschieht. Brücken des gegenseitigen Verständnisses zu bauen, zwischen verschiedenen Menschen, verschiedenen Meinungen und Ansichten, das muss unser Bestreben sein.

Wir müssen gemeinsam eine vertrauensvolle Lehr-, Lern- und Arbeitsumgebung gewährleisten, in der alle in ihrer Persönlichkeit, Würde und Lebensrealität anerkannt werden – und damit einen sicheren und angstfreien Campus für alle.

Wir alle stehen dafür ein, dass unsere Universität ein Ort ist und bleibt, an dem Hass, Gewalt und Hetze keinen Raum haben.

Und wenn Ihnen diese Sätze bekannt vorkommen: Sie stehen so in der E-Mail vom 5. Dezember.

Soweit mein Bericht dazu. Vielleicht setzt am besten Verena Blechinger da fort, mit Bericht darüber, was wir planen und was jetzt kommen soll.

## **(2) Aktionswochen gegen Antisemitismus, und Veranstaltungsreihe der Stabsstelle Diversity und Antidiskriminierung zum Nahostkonflikt**

Antisemitismus und Diskriminierung sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die auch vor den Mauern der Universitäten keinen Halt machen. Als Präsidium der Freien Universität Berlin haben wir dazu in unserer Stellungnahme vom 5.12.2023 klar Position bezogen, die auch vom Akademischen Senat nachdrücklich unterstützt wurde. In diesem Sinne werden daher vom 25. Januar bis zum Ende der Vorlesungszeit an den Fachbereichen Aktionswochen gegen Antisemitismus stattfinden.

Wir greifen hier eine Initiative von Kolleg\*innen verschiedener Fachbereiche auf und unterstützen sie gerne. Vor dem Hintergrund der Zunahme antisemitischer Vorfälle in Berlin und auch an der Freien Universität möchten wir ein Zeichen setzen und gleichzeitig die Diskussion und den Austausch über Antisemitismus fördern. Das Präsidium ruft ausdrücklich zur aktiven Mitgestaltung der Aktionswochen auf. Nutzen Sie eine Sitzung in Ihrem Seminar oder Ihrer Vorlesung für einen Austausch zum Thema Antisemitismus oder bieten Sie (hochschul-) öffentliche Veranstaltungen zum Thema an. Zur Koordination von Veranstaltungen, ob nun öffentlich angekündigt oder nicht (beide Möglichkeiten soll es geben) und zur Klärung der entsprechenden Rahmenbedingungen (insbesondere für öffentliche Veranstaltungen) melden Sie sich bitte bei der Planungsgruppe. Sie finden dafür ein Kontaktformular auf der Website.

Gerade im Hinblick auf die jüngsten Proteste auf unserem Universitätscampus möchten wir noch einmal deutlich machen: Wir verteidigen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und dulden an der Freien Universität Berlin weder Antisemitismus noch Rassismus oder jegliche andere Form von Diskriminierung.

Um dem entgegenzutreten, haben wir als Präsidium der Freien Universität Berlin in den letzten Wochen zahlreiche Maßnahmen ergriffen, von denen einige noch im laufenden Wintersemester stattfinden, aber auch im kommenden Sommersemester ihre notwendige Fortsetzung finden. Die Freie Universität hat einen Ansprechpartner für von Antisemitismus betroffene Personen benannt. Die Stabstelle „Diversität und Antidiskriminierung“ veranstaltet ab dem 25.01. Workshops für Studierende, Lehramtsstudierende und Mitarbeitende, in denen über den Umgang mit dem Nahostkonflikt, Antisemitismus und Rassismus gesprochen werden soll. Weitere Informationen dazu finden Sie auch auf der Website der FU.

Am 26.01. findet um 11 Uhr außerdem eine Mahnwache im Zuge des Internationalen Tags zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Gebäude Ihnestraße 22 statt, zu der wir alle gerne einladen möchten.